

# UKRAINE

## EIN SEHNSÜCHTIGER BLICK VON AUSSEN

*„Wir erledigen für Europa die Drecksarbeit. Europa muss das begreifen und uns helfen.“*

**D**ie Ukrainer sind stolz darauf, dass die Ukrainischen Karpaten die geografische Mitte Europas bilden. In dem Gebirge haben sich einige der wichtigsten und traumatischsten Ereignisse des Kontinents abgespielt. Während der zwei Weltkriege wurden hier Millionen Menschen getötet und verwundet, als Fußsoldaten, Panzer und Kampfflugzeuge der damals größten Armeen, der Deutschen und der Russen und ihrer Verbündeten, um die Vorherrschaft rangen.

Allein im letzten Jahrhundert wechselten die Städte und Dörfer 13 Mal ihre Namen oder die Zugehörigkeit, was von den sich ständig verändernden politischen und militärischen Realitäten jener Zeit zeugt.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg siegreiche Sowjettruppen einmarschierten, senkte sich mit den Worten des damaligen britischen Premierministers Winston Churchill ein „Eiserner Vorhang“ über die Mitte Europas und trennte für mehr als ein halbes Jahrhundert die kommunistischen osteuropäischen von den demokratischen westeuropäischen Staaten ab.

Doch jetzt findet zwischen den Bergen, Wiesen und Klöstern der Karpaten im westlichen Zipfel der Ukraine wieder ein großes politisches und soziales Experiment statt. An die Stelle des undurchdringlichen Eisernen Vorhangs ist jedoch etwas getreten, das Experten jetzt gelegent-

lich als durchlässigeren „Spitzenvorhang“ bezeichnen.

Als am 1. Mai zehn neue Länder der Europäischen Union beitraten, verlagerte sich ihre Außengrenze mehrere hundert Kilometer weit nach Osten. Alte kommunistische Verbündete wie Polen und Ungarn, die jetzt innerhalb der Europäischen Union liegen, und die Ukraine, die Republik Moldau sowie Weißrussland, die „ausgeschlossen“ bleiben, beäugen einander wachsam, aber ohne Kriegsgedanken durch diesen elektrifizierten „Spitzenvorhang“.

Und was hier in den nächsten Jahren geschieht und wie die Beziehungen zwischen denen, die „drin“ sind, und denen, die „draußen“ bleiben mussten, sich entwickeln werden, wird zweifellos mit über den Erfolg der jüngsten EU-Erweiterung entscheiden.

Die Europäische Union hat ihren neuen Mitgliedern in den letzten Jahren mehr als 800 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um sowohl ihre Grenzen besser zu sichern – mit neuer Ausrüstung wie Lkws, Computern, Waffen und Nachtsichtgeräten – als auch ihre Migrations- und Asylsysteme zu stärken – durch verbesserte Datenbanken, bessere Ausbildung des Personals sowie Aufnahme- und Internierungszentren. Diese Staaten sind zukünftig das erste Ziel für viele der Hunderttausenden von Menschen, die jedes Jahr versuchen nach Europa einzureisen. Dabei handelt es sich um eine Mischung von Wirtschaftsmigranten, Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Im Vergleich dazu haben ihre östlichen Nachbarn, die zu den ärmsten europäischen Ländern zählen, nach Angaben eines westlichen Asylbeamten zur Ausweitung ihrer eigenen Grenzkontrollen „lediglich Kleingeld“ erhalten.

Als die Ukraine noch zum Sowjetreich gehörte, wurden die Grenzen schwer befestigt und Furcht einflößende und brutale Sicherheits- und Einwanderungsbehörden geschaffen, um Aufgaben zu erledigen, die denjenigen, vor denen das Land heute steht, diametral entgegengesetzt waren: die eigene ungeuldige Bevölkerung ruhig zu halten und sich auf einen möglichen gewaltsamen Konflikt mit dem Westen vorzubereiten.

In nur wenigen kurzen Jahren haben jedoch die Ukraine, die Republik Moldau und Weiß-

**Ein Wachturm und ein sowjetisches Mahnmahl des Zweiten Weltkriegs an der neuen Grenze der Ukraine zur Europäischen Union.**

russland einem Bericht zufolge „bemerkenswerte Fortschritte“ bei der Bewältigung der neuen Migrations- und Asylproblematik erzielt, mit der ihre Länder jetzt konfrontiert sind.

Alle sind der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten. In Kiew wurde vor drei Jahren ein neues Flüchtlingsgesetz verabschiedet. Das UN-Flüchtlingskommissariat und die schwedische Migrationsbehörde starteten 2001 den so genannten *Söderköping-Prozess*, der in einer ersten Phase den Dialog und in einer zweiten praktische Maßnahmen zwischen Ländern auf beiden Seiten der neuen EU-Außengrenzen fördern soll. Im letzten Jahr wurde ein von der EU finanziertes Sekretariat eingerichtet.

UNHCR fördert eine Reihe anderer Aktivitäten: Das Kommissariat leistet Rechtshilfe für Asylbewerber, oft durch lokale Partnerorganisationen, hilft anerkannten Flüchtlingen, sich erfolgreich in einer fremden und für sie oft undurchschaubaren Gesellschaft vor Ort zu integrieren, stellt Mittel für den Bau dringend benötigter Aufnahmezentren bereit, fördert die Ausbildung am Arbeitsplatz und finanziert solche grundlegende, aber oft unverzichtbare Notwendigkeiten vor Ort wie Dolmetscherhonorare, Kraftstoff für örtliche Asylbeamte und sogar die Kosten für das Fotokopieren von Anträgen und offiziellen Dokumenten.

„In der Ukraine wurden große Fortschritte erzielt“, sagt der UNHCR-Vertreter vor Ort, Guy Ouellet. „Aber es liegt noch ein weiter Weg vor dem Land. Es wartet noch viel Arbeit hier.“

In der Hauptstadt Kiew und entlang der Grenzen des Landes zu Nachbarländern wie Russland, der Republik Moldau, Polen, Ungarn und Rumänien sind Migration und Asyl heftig diskutierte Themen. Viele Politiker klagen, dass die Europäische Union sie wie die armen Vettern vom Lande behandelt. Derzeit dient die Ukraine vor allem als Transitland für die große Zahl in die Union strebender Migranten aus so entfernten Ländern wie China, Indien, Pakistan, Bangladesch, Irak, Palästina und Syrien.

Manche Beamte ergehen sich in dunklen Warnungen, dass die Ukraine zukünftig diesen Menschen einfach den Grenzübergang in die Europäische Union gestatten könnte, ohne irgendwelche Prüfungen durchzuführen. Ein Beamter des Innenministeriums sagt offen: „Das ist Europas Problem, nicht das unsrige.“

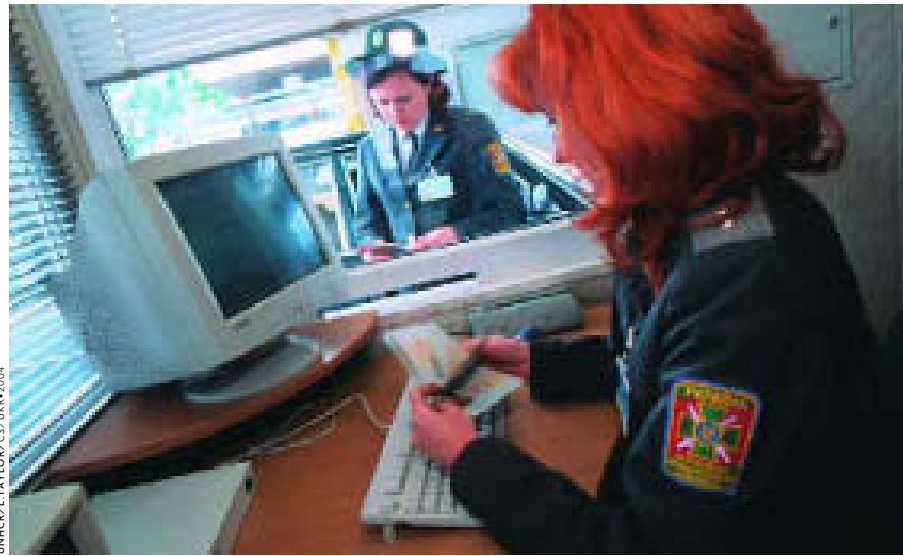
Die Kritik stößt auf offene Ohren in einem Land, in dem der Durchschnittslohn 125 Euro beträgt (während im Vergleich dazu nach Europa strebende Chinesen bis zu 8.000 Euro an Menschenschmuggler zahlen), und angesichts der Tatsache, dass mehr als fünf Millionen Ukrainer ins Ausland gezogen sind, um bessere Arbeitsplätze zu finden.

Eine Schlagzeile in einer Tageszeitung warnte jüngst drastisch: „Die Ukraine könnte für ganz Europa zum Abladeplatz illegaler Migranten werden.“ Eine ausländerfeindliche Internet-Seite mit der selbst

gewählten Bezeichnung „*Festung Kiew*“, eine ironische Anspielung an die „Festung Europa“, verbreitet routinemäßig rassistische Phrasen, wonach Ausländer das Land zerstören.

Das Asyl- und Migrationssystem wird zudem noch von anderen großen rechtlichen, bürokratischen, administrativen und budgetären Problemen geplagt.

Aufnahme- und Internierungszentren fehlen entweder ganz oder sind in einem erschreckenden Zustand. Eine Vielzahl von Regierungsstellen ist für Einwanderungs- und Asylfragen zuständig, was in Überschneidungen, Verschwendung und Ineffizienz resultiert. Es stehen so gut wie keine finanziellen



UNHCR/L. TAYLOR/CS/UKR-2004

Mittel zur Verfügung, um Menschen aus dem Land zu bringen, die als illegal eingestuft wurden. Bis zu 45 nationale Gesetze müssen mit der Genfer Flüchtlingskonvention und anderen völkerrechtlichen Instrumenten in Einklang gebracht werden, damit Asylbewerber, denen der Verbleib im Land gestattet wurde, ihre Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können. Es könnte Jahre dauern, die noch nicht entschiedenen Asylanträge abzuarbeiten.

Nachdem kurz nach der Jahrtausendwende das neue Flüchtlingsgesetz des Landes verkündet worden war, wurde für ein ganzes Jahr lang nicht einer einzigen Person gestattet, auch nur Asyl zu beantragen. Den meisten potenziellen Antragstellern wird von Einwanderungsbeamten, die eine Bestimmung umsetzen, nach der ein Antrag innerhalb von fünf Tagen nach der Einreise in die Ukraine gestellt werden muss, nach wie vor der Zugang zum Verfahren verweigert.

In einer ungewöhnlichen Maßnahme hat das UN-Flüchtlingskommissariat, das mit dem Ziel, die Asylverfahren des Landes zu stärken, eng mit der Regierung zusammengearbeitet hat, Dutzende von Entscheidungen in Gerichtsverfahren erfolgreich angefochten. Neuere Statistiken lassen darauf schlie-

**Grenzschützerinnen überprüfen Fahrzeuge bei der Ausreise von der Ukraine nach Ungarn.**

ßen, dass die Asylbehörden die Bestimmung mittlerweile nicht mehr so restriktiv umsetzen. „Es hat zwei Jahre gedauert, dieses bescheidene Zugeständnis zu erhalten“, sagte Ouellet. „Aber es ist ein Fortschritt.“

### EIN BLICK VON AUSSEN

„Ukraine“ bedeutet Grenzland, und unter den gegenwärtigen Umständen ist diese Bezeichnung treffend. Am Grenzposten zwischen der Ukraine und

und zeitaufwändiger machen. Der Regierung in Kiew zufolge könnten die neuen Grenzschränken für das Land Millionenverluste aufgrund entgangener Handels- und Exportgelegenheiten zur Folge haben.

Andererseits überqueren in Tschop immer mehr Ungarn die Grenze, um in der Ukraine Lebensmittel, Bekleidung und andere Waren einzukaufen, die hier



**Internierte illegale Einwanderer und Asylbewerber an der ukrainischen Westgrenze.**

Ungarn bei der Stadt Tschop herrscht in beide Richtungen reger Lkw-, Pkw- und Busverkehr. Mit einem Teil der relativ geringen Mittel, die die EU der Ukraine zur Verbesserung ihrer Grenzeinrichtungen zur Verfügung gestellt hat, wurden die Gebäude hier modernisiert und erweitert sowie ein neues Computersystem installiert. Oberstleutnant Alexander Anatolijewitsch Schdanenko, der mit 200 Grenzschützern 2.000 Kilometer Grenze überwacht, misst mit einer Stoppuhr die Abfertigungsdauer jedes Fahrzeugs.

„Früher hat es mindestens drei Minuten gedauert, ein Fahrzeug abzufertigen“, sagt er stolz, während eine hübsche Grenzschutzbeamtin und ihr Kollege Pässe einsehen und an einem Computer überprüfen. „Jetzt dauert es manchmal nur noch 30 Sekunden.“

Ungarn hat bereits vor Monaten die neuen europäischen Visumbeschränkungen eingeführt. Trotzdem hat sich nach Auskunft von Oberstleutnant Schdanenko die Zahl der legalen Grenzübertritte in beide Richtungen im letzten Jahr verdoppelt und dürfte sich 2004 noch einmal verdoppeln.

Seit Jahrhunderten wird entlang dieser Routen Handel getrieben, und viele ukrainische Kleinhändler wurden durch die neuen Beschränkungen schwer getroffen, die die Einreise nach Ungarn für sie teurer



jetzt billiger als in der EU sind.

„Nein“, selbst mit den neuen Einwanderungsbestimmungen „hat sich in Wirklichkeit wenig verändert“, stimmen einige Fahrzeugführer an der Grenze überein.

Das mag in gewisser Hinsicht stimmen, aber Oberstleutnant Schdanenko zufolge hat sich die Zahl der Grenzschränker unter seinem Befehl in den letzten Monaten fast verdoppelt. Damit soll sowohl die Sicherheit der Ukraine selbst gewährleistet als auch ein Abkommen mit der EU erfüllt werden. Entsprechend hat sich auch die Zahl der aufgegriffenen Illegalen seit Anfang des Jahres um 50 Prozent erhöht.

Die Grenze zur Linken und zur Rechten des Übergangs besteht aus einem von den Sowjets vor Jahrzehnten installierten, rostigen, 2,40 Meter hohen Maschendrahtzaun und einem neueren Elektrozaun, der jedem, der ihn zu überwinden versucht, einen leichten Schlag verabreicht. Ein drei Meter breiter Sandstreifen zeigt die Fußabdrücke aller, die sich dem Zaun genähert haben.

Während unserer Recherchen dort wurde eine Gruppe Frauen aus der umkämpften russischen Republik Tschetschenien am helllichten Tag verhaftet, als sie versuchten, zu Fuß auf EU-Territorium zu gelangen. Im letzten Jahr nahmen ukrainische Grenzschränker 2.150 Migranten fest, die versuchten, illegal die Westgrenze der Ukraine zu überqueren. Die Zahl derjenigen, denen dies gelingt, ist allerdings unbekannt. (Schätzungsweise 500.000 Menschen reisen jedes Jahr aus allen Richtungen illegal in die Europäische Union ein.)

UNHCR/L. TAYLOR/CS/UEK-2004

Es gibt wenige funktionsfähige Einrichtungen zur Unterbringung der tschetschenischen Frauen, einer am selben Tag in der Grenzstadt Uschgorod gefassten Gruppe Pakistanis oder von Menschen, die sich den Behörden stellen und Asyl beantragen.

Eine einheimische Organisation namens NEEKA, die von UNHCR unterstützt wird, hat von der Eisenbahnbehörde ein vierstöckiges Gebäude gemietet, das den Spitznamen „Schlafsaal“ trägt. Dort sind 42 illegale Einwanderer und 20 Asylbewerber untergebracht. Die Bedingungen im „Schlafsaal“ sind an der Untergrenze des Zumutbaren. 23 tschetschenische Frauen leben in einem Raum unter leichter Bewachung. Sie dürfen nicht ins Freie, um sich Bewegung zu verschaffen, und das gleiche Verbot gilt auch für ihre Kinder. Manche sind seit Monaten von ihren Ehemännern getrennt und haben nur gelegentlichen Kontakt zu ihnen über ein kürzlich installiertes Telefon.

### WARUM WERDEN WIR ANGEHALTEN?

Die tschetschenischen Frauen sind froh, der Zerstörung in ihrer Heimat entkommen zu sein. In ihrer naiven und unschuldigen Art verstehen sie nicht, warum die Grenzschützer sie einsperren, anstatt ihnen zu helfen, auf EU-Territorium zu gelangen.

Einem Besucher klagen sie weinend: „Wir wollen nach Europa. Warum hält man uns hier fest und hilft uns nicht?“ Eine Frau zeigt auf ein junges Waisemädchen, das auf seinem Bett liegt und geistesabwesend lächelt. „Was wird mit diesem Mädchen geschehen?“, fragt sie. „Wer wird sich um sie kümmern?“

Der örtliche Befehlshaber der Grenzschützer meint später, die Frauen würden so schnell wie möglich zurück nach Tschetschenien abgeschoben – aber erst, wenn er das Geld für den Kauf von Fahrkarten aufgetrieben hat. Was er nicht erwähnt, ist, dass ein solches Vorgehen sowohl gegen nationales Recht als auch das Völkerrecht verstoßen würde.

Während die Europäische Union bereit war, finanzielle Hilfe für den Bau mehrerer neuer Internierungs- und Aufnahmeeinrichtungen für Migranten und Asylbewerber zu leisten, hat sie sich rundweg geweigert, Rückführungen zu unterstützen. Den Ukrainern zufolge gibt es meist einfach kein Geld für den Kauf von Rückfahrkarten. Unerwünscht und ohne Bewegungsfreiheit leben die Internierten oft monatelang unter schrecklichen Bedingungen.

In ein paar Kilometern Entfernung wurden tief im Wald bei Pawschino in einer früheren Kaserne fast 300 männliche illegale Migranten und Asylbewerber untergebracht.

Der Komplex hatte acht Jahre leer gestanden. Bis vor kurzem gab es keine Heizung in dem zweistöckigen Gebäude und das in einem Gebiet, in dem im Winter die Temperaturen auf minus 30 Grad sinken. Die Insassen können einmal in der Woche duschen. Es gibt kein Geld für Lebensmittel, und oft müssen die Wachen ihre eigenen Rationen mit den Internierten teilen. Die Organisation NEEKA liefert jetzt für alle täglich Brot und Suppe sowie gelegentlich Äpfel und andere Frischwaren. Das Projekt erfordert nur geringe Mittel, aber selbst die bescheidene Finanzierung, die derzeit von der Schweiz geleistet wird, wird in Kürze auslaufen.

Die Abgeschiedenheit, der Mangel an Nachrichten von draußen und die schlechte Unterbringung führten im letzten und vorletzten Jahr zu Unruhen und „Massenausbrüchen“.

Solche Vorfälle machen sich gut in einigen Fernsendern, die eine latente Ausländerfeindlichkeit bedienen – nicht unähnlich der Situation in einigen westeuropäischen Ländern. Bei manchen herrscht der Eindruck vor, dass Ausländer Unruhestifter sind, die zudem noch eine bessere medizinische Versorgung und besseres Essen erhalten als arme Einheimische.

Mit der örtlichen Wählerschaft im Hinterkopf sagt Lasar Wasil Iwanowitsch, der örtliche Verwaltungschef: „Europa will diese Menschen fern halten. Wir erledigen für Europa die Drecksarbeit. Warum sollen wir die Belastungen schultern? Europa muss das begreifen und uns helfen.“

In der Stadt Uschgorod (was übersetzt „Stadt am Fluss“ bedeutet), die nur wenige Kilometer sowohl von der slowakischen als auch von der ungarischen Grenze entfernt liegt, teilt uns Igor Michajejtschin, ein hochrangiger Beamter des Innenministeriums, seine eigene Sicht der Dinge mit: „Man kann so viele Mauern errichten, wie man will“, sagt er mit Blick auf die kürzlich eingeführten Grenzkontrollen und die schärferen Sicherheitsvorkehrungen entlang der nahe gelegenen Grenzen. „All das wird die Menschen nicht davon abhalten, zu versuchen, die EU zu erreichen. Mauern haben gegen Armut und Verzweiflung keine Chance.“

Dann fügt er hinzu: „Aber es ist von Vorteil, einen reichen Nachbarn zu haben. Wir brauchen das Geld. Ihr braucht unsere Hilfe. Wir können zusammenarbeiten.“ ■

„DIE UKRAINE KÖNNTE FÜR GANZ EUROPA ZUM ABLADEPLATZ ILLEGALER MIGRANTEN WERDEN.“